



ÖSTERREICH, das Wirtschaftswunder Europas?

Als Nikita Chruschtschow in den späten 1950er Jahren wissen wollte, wie es dem nachkriegsgeplagten Österreich denn gelingen konnte, in so kurzer Zeit (wirtschaftlich) wieder auf die Beine zu kommen, antwortete der damalige Bundeskanzler Julius Raab: „Wissen Sie, was das deutsche vom österreichischen Wirtschaftswunder unterscheidet? Das deutsche ist hart erarbeitet. Das österreichische ist wirklich ein Wunder.“

Auch heute ist wieder die Rede vom „österreichischen Wirtschaftswunder“: Die Arbeitslosenrate ist hinter der deutschen die zweitniedrigste in der gesamten EU, die Wirtschaftsleistung pro Kopf nur noch in Luxem-

Der frühere Journalist
und nunmehrige Leiter
des Think-Tanks
„Agenda Austria“,
Franz Schellhorn,
analysiert den
Wirtschaftsstandort
Österreich.

burg höher. Österreichs Betriebe sind höchst konkurrenzfähig, die Luft ist frisch, die Bächelein glasklar – und Wien wird in namhaften Rankings als lebenswerteste Stadt der Welt

geführt. Weshalb sich die Regierung auch gerne auf die eigenen Schultern klopft. Schließlich könne deren Politik bei solchen Werten ja nicht ganz falsch sein, wie Bundeskanzler Werner Faymann gerne betont. Österreich sei vielmehr ein „Erfolgsmodell“, um das uns ganz Europa beneide.

Tatsächlich erntet das Land vor allem ob der niedrigen Arbeitslosenzahlen und des hohen allgemeinen Wohlstands in vielen Teilen Europas Bewunderung. Unbestritten ist auch, dass Österreichs Wirtschaft tatsächlich sehr erfolgreich auf den Weltmärkten unterwegs ist. Das gilt sowohl für die Industrie als auch für den Dienstleistungsexporteur namens Tourismus, der sich enorm wei-

terentwickelt hat. Österreichs Arbeitnehmer sind überdurchschnittlich produktiv, was wiederum einer politischen Intervention zuzuschreiben ist, die in den Reihen heutiger Politiker und Ökonomen nicht sehr viele Anhänger fände. In den 1970er Jahren hatte Österreich den Kurs seines butterweichen Schillings an jenen der harten Deutschen Mark gebunden, die exportorientierte Wirtschaft und deren Vorlieferanten wurden gegen den erbitterten Widerstand der Wirtschaft in eine hoch riskante Radikalkur gejagt: Sie mussten die österreichische Qualität zu den deutlich höheren deutschen Preisen anbieten.

Plötzlich konnten Wettbewerbsdefizite nicht mehr „italienisch“ – also über eine Abwertung der nationalen Währung – ausgeglichen werden, sondern nur noch über Produktivitätsfortschritte. Die Hartwährungspolitik wurde zu einer Art Produktivitätspeitsche, durchgesetzt vom sozialdemokratischen Finanzminister Hannes Androsch, von der Gewerkschaft und von dem konservativen Notenbank-Chef Stephan Koren. Das alles in einer Zeit, in der die gesamte industrialisierte Welt gerade im Ölschock erstarrt war, die öffentlichen Schulden durch die Decke gingen und die Preise die Flucht nach vorne angetre-



Dr. Franz Schellhorn: Österreich leidet an einer geradezu krankhaften Überbürokratisierung.

ZUM AUTOR

Dr. Franz Schellhorn ist Leiter der Denkfabrik Agenda Austria. Von 1997 bis Jänner 2013 war Schellhorn bei der Tageszeitung „Die Presse“ tätig, unter anderem als Redakteur, Leiter des Wirtschaftsressorts und stellvertretender Chefredakteur.

Seit Juni 2007 erscheint wöchentlich die Kolumne „SuperMarkt: Was Kapitalismus kann und wofür er nichts kann“.

Schellhorn studierte Handelswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Wien (1992–1997); Sein Doktorat absolvierte er ebenfalls an der WU. Darüber hinaus verfügt er über eine Bankausbildung in der Creditanstalt-Bankverein (Wien/Salzburg).

ten hatten. Die Rechnung ging auf, Österreich arbeitete sich kontinuierlich vorwärts.

Von dieser erfreulichen Entwicklung profitierte Österreich jahrzehntelang, aber das scheint nun ein Ende zu finden. Wie der Internationale Währungsfonds in einer aktuellen Analyse anmerkt, schmilzt der Produktivitätsvorsprung Österreichs wie ein Gletscher in der Frühlingssonne: Stieg die Ar-

38 | ÖHV

beitsproduktivität (pro Stunde) zwischen 1996 und 2005 noch um 5,6 Prozent im Jahr, sind es seit 2006 nur noch 2,1 Prozent pro Jahr. Blockiert wird eine bessere Entwicklung nach Ansicht des IWF von einer schleppenden Umsetzung neuester IT-Entwicklungen, von einer kulturell bedingten Risikoaversion der Österreicher und von fehlenden Finanzierungsquellen für Unternehmensgründer. Hinzu kommt eine geradezu pathologische Überbürokratisierung des Landes, die es neuen wie eingesessenen Unternehmen besonders schwer macht.

sende Staatsschulden. Der letzte Überschuss im österreichischen Bundeshaushalt „passierte“ 1962. Überhaupt war das Bundesbudget seit Ende des Zweiten Weltkrieges nur vier Mal im Plus, 65 Mal im Minus. Das deshalb, weil Österreich seit vielen Jahren überfällige Reformen aufschiebt – ganz im Gegensatz zu seinem einstigen Vorbild Schweden. Während die Skandinavier ihren Haushalt nachhaltig saniert und ihr Pensionssystem dauerhaft abgesichert haben, verschuldet sich Österreich Jahr für Jahr, obwohl die Steuereinnahmen des Staates von einem Rekord zum nächsten eilen.

nen 24 Prozent der 15-Jährigen nicht sinnfassend lesen. Wer das Glück hat, eine gute öffentliche Schule zu finden, und dann auch noch einen Job bekommt, muss schon bei niedrigem Gehalt die Hälfte seines Arbeitsinkommens mit dem Staat teilen. Zahlt ein Arbeitgeber einem Angestellten mit Durchschnittsgehalt 100 Euro netto mehr, verteuert das die Arbeitskosten um 230 Euro. Das bedeutet: Der Staat bekommt von einer Lohnerhöhung das 1,3-Fache des Arbeitnehmers, was die Vertreter desselben Staates freilich nicht daran hindert, über die fehlende Kaufkraft der Bürger zu klagen.



Bild: fotolia.com - fotobid

Wie es dann möglich ist, dass Österreich die zweithöchste Wirtschaftsleistung pro Kopf innerhalb der EU erwirtschaftet? Ganz einfach: Über stark expandierende öffentliche Haushalte, mit deren Hilfe auf den Kapitalmärkten geliehenes Geld im Volk verteilt wird. Der hohe Wohlstand der Bevölkerung gründet also nicht zuletzt auf der Verteilung nicht vorhandenen Geldes, er ist gelie-

Whin das viele Geld in Österreich geht? An die mit fremdem Geld um sich werfenden Landeshauptleute, an hervorragend lobbyierende Beamte, gut vernetzte Bauern und Eisenbahner, die wählerstarken Frühpensionisten und die nach Subventionen rufenden Unternehmen.

Allein im öffentlichen Pensionssystem fehlen 10 Milliarden Euro jährlich, oder knapp drei Prozent des BIP, die aus dem laufenden Budget abgedeckt werden müssen. Seit 1970 erhöhte sich die Lebenserwartung der Bevölkerung um sieben Jahre, die Bevölkerung geht aber um fünf Jahre früher in Pension, im Schnitt mit 58,5 Jahren. Nicht zuletzt das ist auch eine zentrale Erklärung für die niedrige Arbeitslosigkeit: Arbeitswillige Ältere werden reihenweise in Frühpension geschickt, einzig in punkto Jugendarbeitslosigkeit taugt die Alpenrepublik mit ihrem dualen Ausbildungssystem (Lehre) zum globalen Vorbild.

Gefährdet wird der Wohlstand in Österreich zudem durch ein reformbedürftiges Bildungswesen. Laut offiziellen Zahlen kön-

Das ist nicht die Visitenkarte eines Wirtschaftswunderlandes – sondern eines Landes, dessen Wunder darin zu sehen ist, dass es trotz des unübersehbaren Reformstaus wirtschaftlich noch immer so gut läuft. Die von der Regierung ignorierten Probleme sorgen für Verunsicherung – zusammen mit der immer wieder aufflammenden Diskussion über die Wiedereinführung der 1994 abgeschafften Vermögenssteuer ergibt das ein Klima, das ausländische Investoren ihr reichlich vorhandenes Kapital nicht zur Arbeit nach Österreich schicken lässt.

Dabei haben andere Länder gezeigt, wie ähnlich gelagerte Probleme zu lösen sind: Schulden bremsen wie die Deutschen (Schuldenbremse im Verfassungsrang), das Schulwesen reformieren wie die Holländer (mit Wettbewerb zwischen staatlichen und privaten Schulen), Föderalismus leben wie die Schweizer (wer Geld ausgibt, muss es auch bei den Bürgern einheben), Pensionen sichern wie die Schweden und Subventionen kürzen wie die Neuseeländer. All das wären mögliche Ansätze, den Wohlstand in Österreich dauerhaft abzusichern. Dazu braucht es nicht einmal ein Wunder. Sondern nur das Übernehmen bereits erprobter Konzepte.



NEWSLETTER
 SCHON
 ABONNIERT?
www.hgvpraxis.at

hen und nicht erwirtschaftet. In keinem industrialisierten Land greift der Staat stärker in die Einkommensverteilung ein als in Österreich, knapp 35 Prozent eines Haushaltseinkommens kommen hierzulande vom Staat, sprich den Steuerzahlern.

Das Ergebnis sind rasant steigende Sozialausgaben und kontinuierlich wach-